



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/170 - 24.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Abkehr von der Demokratie	S. 1
Verfassungsdiskussion in Frankreich	S. 3
Das Polizeiordnungsgesetz in NRW	S. 5
Die Alliierten und der Kanzler	S. 7
Zur holländischen Abstimmung über die EVG	S. 8

Die Unterwanderung schreitet fort

W.P. Nun ist auch im hessischen Landesverband der "Deutschen Partei" die Kau-Nau-Krankheit ausgebrochen. Sie hat die "Direktoren" dieser Partei in Bonn in hellste Aufregung versetzt und zur sofortigen Abreise nach Frankfurt veranlasst. Wieder einmal ist ein Konflikt zu schlichten, der durch das provokatorische Auftreten ehemaliger Amtsträger der NSDAP entstanden ist.

Aber die Auseinandersetzung in Hessen, die zur Bestürzung der Bundesführung noch kurz vor der Wahl ausbrach und das Ansehen der DP bei den Wählern weiter herabsetzen wird, enthüllt nur die inneren Spannungen in dieser Partei, die über kurz oder lang zur "Machtübernahme" einer NS-durchsetzten Führungsschicht führen muss. Und das trotz des vorgetäuschten, aber unbegründeten Optimismus des Vorsitzenden der DP und Bundesministers Hellwege, der behauptet, an den Sieg der "konservativen Kräfte" in seiner Partei zu glauben. Man möchte die Illusionsfreudigkeit dieses Parteivor-sitzenden belächeln, wenn nicht die tragische Tatsache wäre, dass mit dem Fortschreiten der Entwicklung in der DP die parteipoliti-sche Basis der Demokratie in der Bundesrepublik kleiner wird, eine Tatsache, die aber ebenso stark auf die FDP und mehr und mehr auf den Gesamtdeutschen Block /BHE zutrifft.

Nachdem die DP in Hamburg erst den Fall Richter und später den Fall Conventz zu bereinigen hatte, der Fall Böttcher in Berlin

die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zog, nachdem vor einigen Monaten sogar der gesamte Landesverband in Nordrhein-Westfalen aufgelöst wurde, brach die seit langem schwelende Krise nun in Hessen aus, wo der ehemalige NS-Kreisleiter Fuchs als Landesorganisationsleiter der DP an eine Reihe von früheren NS-Größen Briefe verschickt hat, in denen er, mehr oder weniger verschleiert, erklärte, dass er die DP zur Bildung einer neofaschistischen Front benutzen wolle. Kreisleiter Fuchs war uns seit langem kein Unbekannter mehr. Nach Pressemeldungen hat er sich bereits vor Monaten zu der Bemerkung verstiegen:

"Wir sind wieder da und anerkannt und zugelassen! Die bevorstehende Bundestagswahl ist die erste freie Wahl nach 1933, denn bei den vorhergegangenen Wahlen waren noch hunderttausende bester Deutscher von der Wahl ausgeschlossen".

Diese besten Deutschen waren es wohl auch, an die Fuchs seine Briefe gerichtet hatte.

Also ein ausgesprochener Naumann-Fall.

Die NS-Kreise sind, wie immer klarer wird, getreu der Naumann'schen Konzeption auf dem Vormarsch, in der FDP erwiesen sie sich als so stark, dass beispielsweise ein Misstrauensantrag des Landesverbandes Berlin der FDP gegen Middelhaue weder vor dem Bundesvorstand noch vor dem Lübecker Parteitag behandelt werden konnte und einfach in den Akten verschwand. Selbst im BHE verstärken sich diese Tendenzen. Dort wurde ein so prononcierter Rechtsradikaler wie Dr. Rudolf Aschenauer, dessen Tätigkeit als Verteidiger beim Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess seitens des BHE als besonderes Verdienst herausgestellt wird, als Kandidat für den nächsten Bundestag aufgestellt. Dieser Dr. Aschenauer war nicht nur Mitbegründer der ersten Nachfolgeorganisation der SRP in Norddeutschland, sondern gleichzeitig einer der eifrigsten Verfechter einer "Nationalen Sammlung" aller Rechtsradikalen. Noch vor wenigen Wochen trat er mit dem durch die Frankfurter "Reichsblock"-Kundgebung bekanntgewordenen ehemaligen General Andrae gemeinsam auf Veranstaltungen auf. Dr. Aschenauer war im Direktorium der rechtsradikalen Deutschen Gemeinschaft als Sachbearbeiter für Kriegsverbrecherfragen tätig und schied lediglich aus persönlichen Gründen aus dieser Partei aus. Nun bietet sich der BHE als neues Wirkungsfeld für ihn an, eine Tatsache, die nicht minder erschreckend ist als die Situation, in den unterwanderten Koalitionsparteien des Bundeskanzlers.

Verfassungsreform in Frankreich

G.S. Paris

Am 27. Oktober 1946 fand in Frankreich eine Volksabstimmung über die von der damaligen Regierung ausgearbeitete Verfassung statt. Neun Millionen Wähler stimmten dafür, acht Millionen stimmten dagegen, und etwa neun Millionen Wähler enthielten sich der Stimme. Diese Ziffern allein beweisen, dass der damals in aller Eile ausgearbeitete Verfassungsentwurf keine Begeisterung hervorrief und mehr als "kleineres Übel" betrachtet wurde. Eine fünfjährige Erfahrung hat bewiesen, dass die Skepsis der französischen Wähler berechtigt war. Zwar sind die dauernden Krisen in Frankreich nicht auf die heilige Verfassung mit ihren mitunter absurden Vorschriften allein zurückzuführen; aber ausser den Kommunisten bestreitet heute keine Partei mehr, dass eine Reform erforderlich ist.

Die gegenwärtige Parlamentsdebatte über die Verfassungsreform, die nach den Parlamentsferien, im Oktober, wieder aufgenommen werden und dann ihren Abschluss finden soll, hat ergeben, dass sich die Parlamentsmehrheit über einige Fragen einig ist. Zunächst wird höchstwahrscheinlich jene Vorschrift beseitigt werden, die besagt, dass ein vom Präsidenten der Republik bezeichneter Ministerpräsident vom Parlament die absolute Mehrheit erhalten muss, um "investiert" zu werden, d.h. die Erlaubnis zu erhalten, seine Regierung dem Parlament vorstellen zu dürfen, während eine einmal gebildete Regierung nur noch der relativen Mehrheit bedarf, um sogar umwälzende Beschlüsse fassen zu können.

Die meisten Abgeordneten scheinen auch der Auffassung zu sein, dass ein "investierter" Ministerpräsident sich dem Parlament nicht allein, sondern bereits mit einem vollständigen Kabinett vorstellen müsse. Aus zwei Gründen: zunächst, um zu vermeiden, dass die dem bezeichneten Ministerpräsidenten gewährte "Investitur" nicht durch ein Misstrauensvotum gegen das später gebildete Kabinett hinfällig gemacht und der Präsident der Republik gezwungen wird, das grausame Spiel der unglücklichen Regierungskandidaten erneut zu beginnen; alsdann, um jene "Kombinationen" zu vermeiden, die dem "investierten" Ministerpräsidenten die Möglichkeit geben, die Parteien unter Druck zu setzen und im Grunde das parlamentarische Spiel zu verfälschen.

Etwas kritischer stehen die Abgeordneten dem Regierungsplan

gegenüber, das Recht auf die parlamentarische Immunität während der Parlamentsferien erlöschen zu lassen. Obwohl alle davon überzeugt sind, dass hier "nur" die Kommunisten gemeint sind, versteht jeder, dass hier das Tor zu Missbräuchen seitens der Exekutive breit geöffnet wird. Aber viele fragen auch, warum ein Abgeordneter nicht ohne weiteres für ein Delikt verfolgt werden kann, für das jeder "gewöhnliche Bürger sofort zur Verantwortung gezogen wird.

Doch im Grunde handelt es sich da um sekundäre Dinge. Von den konservativen Parteien wird mit der Idee aufgewartet, man müsste zu der "guten alten Verfassung" der Dritten Republik zurückkehren, die im Jahre 1875 erlassen wurde. Vergessen wird dabei nur, dass auch diese Verfassung gar nicht so "gut" war und nicht verhindert hat, dass die Durchschnittsdauer einer Regierung vor dem zweiten Weltkrieg auch nur fünf Monate betrug: also kaum mehr als die durchschnittliche Dauer der kurzlebigen Regierungen der Vierten Republik.

Wenn aber von der Verfassung des Jahres 1875 die Rede ist, so wird an etwas viel Wesentlicheres gedacht: die konservativen Parteien haben die Absicht, dem früheren "Senat", der jetzt "Rat der Republik" heisst, wieder jene Vollmachten zu erteilen, die er in der Dritten Republik besass, das heisst, die Möglichkeiten, jede Vorlage, die den Konservativen nicht gefällt, zu "beerdigen". Es braucht hier nur daran erinnert zu werden, dass der Vorkriegssenat die Volksfrontregierung Léon Blums zu Fall brachte und faktisch verhinderte, dass irgendein fortschrittliches Gesetz durchkam. Im Jahre 1936 waren die grossen Sitzstreiks erforderlich, um die vollbärtigen Senatoren zur Eile und zum Nachgeben zu zwingen.

Die Verfassung des Jahres 1946 hatte eine gute Seite: sie hat die Rechte des Senats beschnitten und in einem gewissen Sinne verhindert, dass diese "ehrwürdige" Institution abermals zum Bremsklotz für jeden Fortschritt wurde. Denn das ist die eigentliche Funktion des Senats (oder Rates der Republik): er entsteht aufgrund eines Wahlmodus, der den meistar konservativ wählenden Landgemeinden ausserordentliche Vorteile einräumt und so den konservativen Parteien immer eine grosse Mehrheit verschafft. Auf diese Weise sollte der "destruktive" Einfluss der Wähler in den Industriezentren gemildert werden.

Die Sozialisten und ein Teil der katholischen Volksrepublikaner haben sich eindeutig gegen diesen Plan ausgesprochen. Und die Frage, ob dem Senat wieder seine Vorkriegsvollmachten gegeben werden sollen, wird im Vordergrund der Debatten stehen, die noch vorgesehn sind. Über alle übrigen Punkte werden sich die Parteien einigen können: aber um den Senat wird ein heisser Kampf entbrennen.

Vernunft verdächtigt rasch

rw. Düsseldorf

Für Nordrhein-Westfalens kommenden Polizeiaufbau hat nach den eigenen Worten der CDU-Redner in der letzten Landtagsdebatte die Vernunft gesiegt. Da der Entwurf für eine neue Polizeiordnung, wie er jetzt im Landtag in zweiter Lesung beraten wurde, in den wesentlichen Punkten das vorsieht, was die SPD immer schon forderte, und das genaue Gegenteil ist von dem, was die CDU-Fraktion sich vor nicht allzu langer Zeit noch dachte, kann das Licht der Vernunft nur bei der CDU angegangen sein. Dafür legt man nun aber ein ganz unvernünftiges Eiltempo an den Tag. Eine gewonnene Grunderkenntnis ist noch kein Gesetzestext und die Übereinstimmung im wesentlichen besagt nicht, dass man etwa wichtige Einzelheiten nicht mehr ernst zu nehmen brauchte.

Die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen soll eine klare Staatsangelegenheit sein, sauber und übersichtlich gegliedert von oben nach unten. Die Zersplitterung in viele Polizeibezirke ohne Zusammenhang soll verschwinden. An der Spitze der Polizei steht die Landesregierung, darunter gliedern sich die Landespolizeibezirke, die mit den Regierungsbezirken zusammenfallen und von den Regierungspräsidenten geleitet werden, in die Polizeilandkreise und kreisfreien Städte. In den Landkreisen werden im Normalfall die Oberkreisdirektoren Leiter der Polizei, in den Städten gibt es Polizeileiter, Direktoren und Präsidenten, je nach der Grösse.

Manches wäre vielleicht zu der Beauftragung des Oberkreisdirektors mit Polizeiaufgaben zu sagen. Zweifellos taucht hier die Gefahr einer Art "Hausmachtbildung" auf und es wäre wichtiger, zu überlegen, wie man ihr, aber auch der anderen Gefahr einer allzu weitgehenden Gewaltausstattung des Staates und seiner Polizei einen Riegel vorschieben kann. Die CDU, gestern noch der leidenschaftlichste Verteidiger kommunaler Selbständigkeit und Souveränität auch in der Polizeifrage, ist über Nacht zur rigorosen Verfechterin der Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung geworden. Die bisherigen Polizeiausschüsse, die einige, wenn auch keine vollkommenen Befugnisse hatten, sollen verschwinden. An ihre Stelle tritt im Gesetzestext eine reine Attrappe: Polizeiräte, die überhaupt nichts zu

sagen haben, offenbar mit der einzigen Aufgabe, der Bevölkerung weiszumachen, es sei da wirklich so etwas wie ein kontrollierendes Organ vorhanden. Die vorgesehenen Bestimmungen für die Polizeibeiräte, denen immerhin die grosse Aufgabe zugewiesen sein sollte, Mittler zwischen der Bevölkerung, der Selbstverwaltung und der Polizei zu sein, sind viel zu schwach, zu unbestimmt und ohne jede handfeste Vollmacht. So erscheint es also ganz unangebracht, wie es die Regierungsparteien beabsichtigen, das Gesetz in rasender Eile durchzuwetzeln, ohne Rücksicht auf die Fehler, die dabei offensichtlich entstehen.

Der Schlüssel zum Verständnis für diese Haltung liegt einmal im rein taktisch bestimmten Verhalten der CDU-Fraktion, die noch nie ein gesundes Verhältnis zur Gesetzgebungsarbeit gefunden hat, sondern je nach Lage der Dinge den ministeriellen Vorschlägen folgt und zweitens in dem Sosem-öffne-Dich der "Verwaltungsreform", die der CDU noch vor den Bundestagswahlen einen Schlager liefern soll.

Ministerpräsident Arnold und Innenminister Dr. Moyers haben sich als getreue Helfer Adenauers für den Wahlkampf zum Bundestag etwas ausgedacht. Was das ist, wird noch geheimgehalten. Aber es ist mehr als einmal gesagt worden, dass die kommunalen Ordnungsgesetze, die in den letzten Monaten verabschiedet wurden - und nunmehr als letztes die neue Polizeiordnung - das Gerüst sein sollen, auf dem sich das Prachtgebäude einer Verwaltungsreform erheben soll, von der man wenigstens zwei Monate lang sprechen wird, am lautesten natürlich kurz vor dem 6. September.

Sorgsam wird man dabei verschweigen, wie sehr man sich erst zur sozialdemokratischen Ansicht bekehren musste, bevor man überhaupt etwas schaffen konnte, was sich sehen lassen darf, und man wird zweitens verschweigen, wie bedenkenlos man sich in vielen Punkten zugkräftiger Parolen bediente, um imponierende Fassen zu errichten, die ein recht brüchiges Gebäude verdecken,

+

+

+

Die Alliierten des Kanzlers

In folgendem eine Zusammenstellung von Zitaten aus der Weltpresse. Sie zeigen eindeutig, wie in Wahrheit die Schwergewichte in den Fragen der Wiedervereinigung und einer möglichst wirksamen Wahlhilfe des Auslandes für Dr. Adenauer verteilt sind.

"Dr. Adenauer selbst muss äusserst klug vorgehen, um nach der Arbeiterrevolte in der Sowjetzone nicht die Wahlen an die Sozialdemokraten zu verlieren... In dieser Situation werden der Kanzler und seine Kollegen nach Grossbritannien und den Vereinigten Staaten blicken..."

"Economist" 28.6.53

"Der Aussenpolitische Ausschuss des Senats hat heute in einer Erklärung, die offensichtlich darauf abzielte, Bundeskanzler Adenauer in den bevorstehenden Wahlen Hilfe zu leisten, eine Resolution angenommen, die für die Einheit Deutschlands, Freie Wahlen und die Revolte der Ostdeutschen gegen den Kommunismus eintrat..."

"New York Herald Tribune" (Ned Russell-Washington-Korrespondent) 3.7.53

"Der Aussenpolitische Ausschuss des Senats und die Eisenhower Regierung traten heute dafür ein, Bundeskanzler Konrad Adenauer in den bevorstehenden deutschen Wahlen zu helfen und den Geist der Revolte der Ostdeutschen gegen die Sowjetunion lebendig zu erhalten... Senator Wiley (der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses) erklärte Reportern... 'Wir glauben, dies wird psychologisch von Nutzen sein - und wir sind auch der Ansicht, dass es vom Standpunkt der Wahlprobe aus, die Adenauer zu bestehen haben wird, Hilfe leisten kann...' "

"New York Times" (William S. White, Washington) 3.7.53

"Die Frage ist... wie können wir in unseren Plänen dem EVG-Vertrag den Vorrang lassen, ohne Bundeskanzler Adenauer, der einer Wählerschaft gegenübersteht, die vor allem für die Einheit Deutschlands eintritt, Schwierigkeiten zu bereiten?..."

"New York Herald Tribune" 7.7.53

"Hier zweifelt niemand daran, dass der Stellungswechsel Washingtons auf die Adenauer-Regierung zurückzuführen ist... Aus Sorge um die Wähleransichten von Bundeskanzler Adenauer haben die Amerikaner im Prinzip der Viererkonferenz zugestimmt..."

"Le Monde" (Washington-Korrespondent: Henrie Pierre) 15.7.53

"Herr Foster Dulles verlangt im Grunde genommen, dass Moskau ohne jede Gegenleistung Ostdeutschland dem Westen überlässt, Man kann wahrhaftig keinen Beweggrund sehen, der Moskau dazu veranlassen könnte, einen solchen Vorschlag anzunehmen..."

"Le Monde" (Leitartikel) 20.7.53

+ + +

Verfrühter Jubel

ae. Wenn es noch eines letzten Beweises bedurft hätte für die von der deutschen Opposition vertretenen Auffassung, dass der gegenwärtigen Bundesregierung an der möglichst raschen Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen mehr gelegen ist, als an einer aktiven Politik der Wiedervereinigung Deutschland, dann hat ihn der Jubel geliefert, mit dem Bonner Regierungskreise die Annahme des EVG-Vertrages durch die Zweite holländische Kammer begrüßten. Das sei ein neuer Beweis dafür, hiess es, dass die Notwendigkeit des militärischen Zusammenschlusses Europas im Sinne der EVG immer mehr erkannt würde. Kühn und etwas voreilig wird daraus gefolgert, dass sich auch die übrigen Vertragspartner im Laufe der nächsten Wochen (!) dem niederländischen Beispiel anschliessen würden.

Diese Schlussfolgerung sieht man offenbar, um die Wahlaussichten der Koalition zu stärken, sie ist aber keineswegs das Ergebnis einer objektiven Würdigung der internationalen Lage. Die Regierungsapostel müssten wissen - sie wissen es auch, sie verschweigen es nur - selbst die holländische Injektion vermag dem EVG-Vertrag nicht mehr belebenden Odem einzuhauchen. Das holländische Ja ändert nichts an dem Nein, das aus Frankreich mit jedem Tag immer stärker ertönt, es ändert nichts an der zögernden Zurückhaltung de Gasperis, der sich heute mehr als je angesichts der Verhältnisse in der italienischen Kammer davor scheuen muss, sein Land auf das Glatteis eines höchst unsicheren Experiments zu führen und es ändert nichts an der Haltung Belgiens, das vorerst einmal abwarten will, bis sich die Grossen entschieden haben. Das holländische Ja bleibt im gegenwärtigen Stadium ohne jede praktische Wirkung. Es wurde übrigens an dem gleichen Tage ausgesprochen, da der französische Aussenminister Bidault vor dem Aussenpolitischen Ausschuss der französischen Kammer erklärte, das Problem der deutschen Wiedervereinigung sei von viel grösserer Bedeutung als das der Europa-Armee.

Es blieb den Bonner Regierungskreisen vorbehalten, von einer Schwalbe gleich auf den EVG-Sommer zu schliessen. Aber die Macht der internationalen Entwicklung wird ^{wieder} ~~einmal~~ stärker sein als die Prognosen aus der Bonner Propheten-Küche.